**Resolution angenommen von der 26. Generalversammlung der Konferenz der nicht**

**regierungsgebundenen Organisationen in konsultativer Beziehung mit den Vereinten Nationen (CoNGO), Genf, 1-3. März 2018:**

**Finanzierung unserer Vereinten Nationen (UNO)**

Die Konferenz der nicht regierungsgebundenen Organisationen in konsultativer Beziehung

mit den Vereinten Nationen (CoNGO) hielt ihre 26. Generalversammlung in Genf vom

1-3. März 2018 ab, wobei sie

* ihrer unerschütterlichen Überzeugung hinsichtlich der Charta der Vereinten Nationen und deren Rolle in der Gestalung einer gerechteren und gleichberechtigten Welt Ausdruck verlieh,
* dabei die Reduktion der Mittel für die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Zweijahresbudget von 2018-2019 registrierte, die am 24. Dezember beschlossen wurde,
* sich erschüttert zeigte über die negativen Konsequenzen der kontinuierlichen Einschränkung des regulären Haushaltes der Vereinten Nationen,
* überlegte, dass Maßnahmen für die Abkehr von dieser gefährlichen Entwicklung höchste Priorität von Seiten der Mitgliedsstaaten und der weltweiten Zivilgesellschaft erhalten müssen,
* bekräftigte, dass die UN-Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) eine völlig neue Möglichkeit für die Vereinten Nationen, die einzelnen Regierungen und die Zivilgesellschaft

weltweit bilden, sich zusammen zu finden um die Gesamtheit der Probleme zu definieren, denen sich die Menschheit ausgesetzt sieht,

* unterstrich die Schlüsselrolle des Systems der Vereinten Nationen, welche sie spielen kann und muss um die SDG-Ziele zu betreuen, zu verwalten und zu koordinieren, wobei das Engagement, die Kompetenz und die Verantwortlichkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit zum Nutzen kommen sollten,
* betonte gleichzeitig die Notwendigkeit, dass das System der Vereinten Nationen über adäquate Ressourcen - finanziell und personell - verfüge, um die zahlreichen Aufgaben dieser einzigen universellen Weltinstitution effizient zu erfüllen,
* bedauerte sehr die andauernden Reduktionen der UN-Haushalte über mehrere Jahre hinweg trotz der wachsenden Anforderungen,
* unterstrich, dass die Einschränkung der regulären Haushaltsmittel der Vereinten Nationen die größte Bedrohung für die wirksame Funktion der Weltorganisation darstelle,
* betonte weiters die negativen Resultate der Reduktion der Mittel für die öffentliche Information und für die Teilnahme und Konsultation der Nichtregierungs-Organisationen an der Arbeit der Vereinten Nationen,
* rief die Regierungen auf, dass sie öffentlich versprechen sollten einen genügend erweiterten Haushalt für die künftige Budgetperiode zu akzeptieren, wobei die jüngsten Tendenzen zu Beschneidungen und Kürzungen auf Kosten der Programme, die vielfältige Tätigkeit erfordern, zu annulieren wären,
* appellierte weiters an die Regierungen, sich in den Organen und Instanzen des Systems der Vereinten Nationen zu engagieren und diese zu unterstützen, in Anbetracht dessen, dass ein Rückzug aus deren Vielfältigkeit eine selbstverschuldete Verwundung darstellt, die die Türe für jene Einseitigkeit öffnet, welche zu oft schon historisch tragische Folgen hatte,
* lobte die Initiativen von Vorstand, substantiellen Komitees und Mitgliedsorganisationen von CoNGO, mit denen in Erklärungen und öffentlichen Versammlungen die Öffentlichkeit auf die finanzielle Krise der UN hingewiesen wurde,
* erinnerte an die einstimmige Stellungnahme, beschlossen im Jahrtausendforum der Nichtregierungsorganisationen im Mai 2000, dass der reguläre Haushalt der Vereinten Nationen mit guten Resultaten verdoppelt werden könnte,
* beauftragte den Vorstand von CoNGO sich mit Engagement partnerschaftlich in der weltweiten Zivilgesellschaft zu aktivieren um die Argumentation bei Regierungen und entsprechenden Entscheidungsträgern zu verstärken, dass sie das System der Vereinten Nationen mit jenen Mitteln ausstatten, das dieses mit Recht benötigt.